Bismarck-Modellen
Kurfürstenstr. 88 Lützow 4862
neben Eden Hotel

Nummer 239

Berliner Börsen-Zeitung

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR.

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres F. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Roglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 27.

Abendausgabe · Preis 300 Mk. 68. Jahrgang Sonnabend, 26. Mai 1923

Industrie und Garantiefrage.

Wie bereits gemeldet wurde, findet heute nachmittag eine Besprechung der Führer der Reichstagsfraktionen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und dem Beisein der zuständigen Minister statt, die der deutschen Antwortnote gewidmet sein wird. Minister Hermes wird an dieser Besprechung nicht teilnehmen, da er heute morgen einen kurzen Urlaub angetreten hat. Ein Berliner Blatt glaubt in diesem Zusammenhang Mitteilungen über den Inhalt der von der Industrie übernommenen Garantien. An amtlicher Stelle war weder eine Bestätigung noch ein Dementi zu erlangen.

Mc Kenna Schatzkanzler.

London, 25. Mai.

Reuter meldet: McKenna, der unter Asquith Schatzkanzler war, hat denselben Posten im Kabinett Baldwin angenommen. Indessen wird er mit Rücksicht auf eine kürzlich durchgemachte schwere Krankheit sein Amt erst übernehmen, wenn er vollständig genesen ist. Infolgedessen wird Baldwin seine Tätigkeit fortsetzen, bis die Finanzbill endgültig angenommen ist.

London, 26. Mai.

Die von dem Premierminister an den früheren liberalen Minister McKenna ergangene Einladung, den Schatzkanzlerposten zu übernehmen, und die Annahme dieses Postens durch McKenna, erregen großes Aufsehen in der Presse. McKennas bevorstehende Aufnahme in das Kabinett wird ebenso wie die Ernennung Sir Robert Cecils allgemein begrüßt. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Baldwin werde warm beglückwünscht werden, daß er einen so geschickten Parlamentarier und Finanzmann wie McKenna überredet habe, seiner Regierung beizutreten. Baldwin soll den Versuch, die Einigkeit innerhalb der konservativen Partei herzustellen, als ergebnislos ansehen, und die neue Regierung werde ohne die Hilfe der konservativen Staatsmänner auskommen müssen, deren Rückkehr zweifellos eine Quelle der Stärke für die Regierung gewesen wäre. Die einzige Erklärung sei, daß sowohl Sir Robert Horne als auch Worthington Evans der Ansicht gewesen seien, daß die Bande, die sie mit Chamberlain verbinden, so eng sind, daß sie der Einladung des Premierministers nicht stattgeben könnten, wenn nicht auch ein Posten für Chamberlain gefunden würde.

*

EE London, 26. Mai.

Nachdem das neue Kabinett Stanley Baldwin zustandegekommen ist, wenn es auch noch nicht als lückenlos angesehen werden kann, wird am Montag im Carlton Club die Parteiversammlung der Konservativen tagen, der Lord Curzon präsidieren wird. Aus der Versammlung heraus wird der Antrag gestellt werden, den neuen Premierminister Stanley Baldwin zum Führer der Partei zu ernennen. Die Wahl wird sodann einstimmig erfolgen. Am Abend desselben Tages wird das Unterhaus zusammentreten, denn der neue Premier sein Kabinett vorstellen wird. — Durch die Ernennung Sir William Johnson Hills zum Finanzsekretär des Schatzamtes ist die von diesem bisher bekleidete Stellung des Generalpostmeisters frei geworden. Stanley Baldwin hatte gestern eine Unterredung mit dem früheren Kriegsminister im Lloyd George-Kabinett, Worthington Evans, dem er die Würde des Generalpostmeisters anbot. Evans behielt sich seine endgültige Entscheidung aber noch vor.

Das Abkommen über die amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 25. Mai.

Das Abkommen über die Regelung der amerikanischen Besatzungskosten ist nach fast dreimonatigen Verhandlungen heute nachmittag unterzeichnet worden. Für die Vereinigten Staaten unterzeichnete Senator Elliot Wadsworth, für England Sir John Bradbury, für Frankreich Tannery, für Italien Salvago Raggi und für Belgien Bemelmans.

Havas macht über das Abkommen folgende Angaben: Die Vereinigten Staaten sollen in 12 Annuitäten von 1923 ab entschädigt werden. Die vor dem 1. 1. 23 geleisteten Zahlungen Deutschlands kommen also nicht mehr in Betracht. Die Forderung der Vereinigten Staaten wird unter Abzug der von der amerikanischen Besatzungsarmee requirierten Papiermarkbestände und des Wertes des während des Waffenstillstandes zurückgelassenen Materials berechnet, das die amerikanische Armee beschlagnahmt hat. Die Forderung ist unverbindlich, indessen werden die Rückstände der 1926 zu leistenden Annuitäten, falls sie nicht in vollem Umfange bezahlt werden, auf ein Spezialkonto verbucht werden, das Zinsen von 4½ Prozent trägt. Die Annuitäten genießen **vor den von Deutschland auf Grund der Reparationsbedingungen geleisteten Barzahlungen ein Privileg ersten Ranges.** Von 1924 genießen sie diesen Vorrang soweit als möglich, auch **vor deutschen Zahlungen,** die zur Deckung der **alliierten Besatzungskosten** geleistet werden. Indessen wird im Laufe der ersten vier Jahre, also von 1923 bis 1926 einschließlich, **das Privileg** der Vereinigten Staaten nur bis zu 25 Prozent der deutschen Barzahlungen wirksam sein, damit das Privileg der Alliierten nicht Gefahr läuft, in den ersten vier Jahren zu stark eingeschränkt zu werden. Im übrigen ist vereinbart worden, daß in Ausführung des Abkommens, die Besatzungskosten der europäischen Mächte zunächst nach dem Wert der deutschen Sachlieferungen und dem Betrage der von England erhobenen 26prozentigen Abgabe aus der deutschen Einfuhr sowie nach dem Wert der von Deutschland übertragenen und abgetretenen Güter, Rechte und Interessen berechnet werden sollen. Das Abkommen sieht schließlich vor, daß nach Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den alliierten Mächten neue Bestimmungen eingefügt werden sollten, falls Deutschland auf Grund von Ansehen seine Schuld rascher abträgt, als vorgesehen.

Havas fügt diesen Angaben hinzu, dadurch, daß die Alliierten die Verteilung einer Summe, die die amerikanische Regierung zum größten Teil 1921 beanspruch habe, auf 12 Jahreszahlungen erreicht habe, sei praktisch eine beträchtliche Herabsetzung der amerikanischen Forderung erreicht.

Blutige Kämpfe in Dortmund und Bochum.

Feuerwehr gegen kommunistische Hundertschaften.

Bisher 2 Tote, 41 Verwundete.

Bochum, 26. Mai.

In den gestrigen Abendstunden rückten einige kommunistische Hundertschaften vor das Gebäude der Feuerwehr und forderten die Uebergabe und Entwaffnung der Mannschaften, was abgelehnt wurde. Darauf griffen die Kommunisten die Feuerwehr mit Revolverunbeinem Steinhagel an. Gegen 9 Uhr abends machte die bedrohte Feuerwehr von der Waffe Gebrauch; die Feuerwehr war inzwischen durch neue Beamte verstärkt worden. Bei dem Feuergefecht gab es mehrere Verwundete und einen Toten. Um 11—12 Uhr nachts griffen die Kommunisten, die ebenfalls Verstärkungen erhalten hatten, nochmals an. Bei der Schießerei wurde eine Person getötet und eine große Anzahl verwundet. Die Wache morgen durch die Feuerwehr festgestellt worden ist, gab es gestern 2 Tote und 33 Verwundete; unter den Verwundeten befinden sich 1 Kommunalbeamter und 1 Feuerwehrmann. Die Angreifer bestanden in überwiegendem Maße aus unbekannten Elementen.

In der

Umgebung von Dortmund

kam es gestern mehrfach

zu blutigen Zwischenfällen.

Auf der Zeche Preußen I bei Lünen kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei die Ruhestörer gegen die Polizei mit Revolvern und Maschinenpistolen feuerte. Die Polizei erbeutete eine Maschinenpistole der Aufrührer, die fünf Schwerverletzte hatten. Insgesamt hat die Polizei 40 Aufrührer festgenommen und abgeschoben. Auch auf der Zeche Ickern III/IV versuchten die Kommunisten, die Belegschaft an der Einfahrt zu hindern. Sie wurden aber von der Polizei zurückgetrieben und hatten einige Verwundete. Ebenso wird aus Castrop ein Zusammenstoß der kommunistischen Aufrührer mit der Polizei gemeldet. Bisher wurden dort drei schwerverletzte Aufrührer in das Krankenhaus eingeliefert.

Essen, 25. Mai.

Hier kam es heute nachmittag zu Plünderungen auf dem Marktplatz. Der Selbstschutz mußte einschreiten und den Platz mit der Waffe räumen.

In einer kommunistischen Versammlung der Bergarbeiter in Essen wurde gegen den imperialistischen Kohlenraub Frankreichs Stellung genommen und verlangt daß der Beschluß des Betriebsrätekongresses, der die Notwendigkeit ganz energischer Maßnahmen gegen den Kohlenraub anerkannte, unbedingt durchgeführt wird.

Was die Streikleitung meldet.

Die Kommunisten drohen mit Geiselverhaftungen.

B Aus dem Ruhrbezirk, 26. Mai.

In Dortmund ist die Streiklage heute morgen im allgemeinen wenig verändert. Die Lage spitzt sich dort immer mehr zu. Die Zentralstreikleitung in Dortmund behauptet, daß zahlreiche verhaftete Aufrührer von der Polizei nicht menschenwürdig behandelt würden. Die Streikleitung habe sich daher an die Betriebsräte der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gewandt, und diese würden, falls die Verhafteten in Zukunft nicht besser behandelt würden, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung stillegen. Die Arbeiterschaft verlange angeblich, daß wegen der schlechten Behandlung der Verhafteten Geiseln aus Arbeitgeberkreisen festgenommen würden und die gleiche Behandlung erfahren sollten. Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dortmund, der allerdings zum größten Teile unter kommunistischem Einfluß steht, habe mit Neungegnien-Mehrheit beschlossen, den Streik fortzusetzen. Weiter behauptet die Zentralstreikleitung, ein Teil der Gewerkschaften, nämlich die Bergarbeiter, Bauarbeiter und der Malerverband sowie der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein, hätten den Streik anerkannt. Die Kommunisten wiederholen die Behauptung, daß es sich um wirtschaftliche Kämpfe, nicht um politische handle. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß die Arbeiter bei zwei Firmen im Streik verharren, obwohl diese Firmen sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt haben.

Schupo und Selbstschutz.

Wie wir hören, hat der preußische Innenminister Severing den Regierungspräsidenten Gronowski angewiesen, erneut mit den französischen Behörden wegen Zulassung der Schutzpolizei in die gefährdeten Orte des Ruhrgebietes zu verhandeln. Durch einen Aufruf an die Bevölkerung sollen Freiwillige für den neu zu bildenden Selbstschutz gewonnen werden, und zwar sollen sich Freiwillige ohne Rücksicht auf die Partei zur Verfügung stellen.

Schlageter standrechtlich erschossen.

Düsseldorf, 26. Mai.

Heute früh ist der zum Tode verurteilte Schlageter von den Franzosen standrechtlich erschossen worden.

Besetzung der Essener Reichsbankstelle.

Essen, 26. Mai.

Heute früh gegen 8 Uhr erschienen Franzosen mit drei Tanks vor der hiesigen Reichsbank und besetzten sie. Gegen 10 Uhr rückten die Tanks wieder ab, es wurde aber eine Wache zurückgelassen, die das Reichsbankgebäude noch besetzt hält. Näheres war noch nicht zu erfahren.

Nach einer Anordnung des Generals Degoutte ist der Stadt Essen für zwei Sabotageakte, die am 28. April und am 3. Mai an den Telephonlinien zwischen Essen-Süd und Essen-Stadtwald begangen sein sollen, eine Geldstrafe in Höhe von 50 Millionen Mark oder 1800 Dollar auferlegt, die in einer Frist von acht Tagen zu zahlen sind. Im Falle der Nichtbezahlung werden die Beigeordneten Seipel und Hahn für die Dauer von zwei Monaten in Haftgenommen und wird ferner Zwangsvollstreckung in das Gemeindevermögen angedroht. Die Angelegenheit der früher auferlegten Geldstrafe von 40 Millionen Mark, in die die Beigeordneten Bassel und Dr. Richter verstrickt sind, ist noch in der Schwebe.

Belgiens Einsicht.

Die Folgen der französischen Ruhrpolitik.

London, 26. Mai.

„Westminster Gazette" schreibt in ihrem Leitartikel, **daß Belgien anfange, daran zu zweifeln, ob es klug war, das Ruhrunternehmen zu unterstützen. Es habe nichts wesentliches für seine Mühe erhalten. Die belgischen Staatsmänner seien besorgt über eine Lockerung der Bande, die die Alliierten zusammenhielten. Dies sei die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz über die Reparationen zwischen Frankreich und Belgien. Wie gefährlich die Lage sowohl für Frankreich als auch für Deutschland geworden sei, gehe aus der Ausbreitung des kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet hervor. Wie es heiße, marschierten bewaffnete Banden gegen die Stadt Essen. Gelsenkirchen sei vollständig in Händen der Kommunisten. Die deutschen Behörden seien, da ihre Polizei aus diesem Gebiet weggeschafft wurde, nicht in der Lage, solchen Unruhen entgegenzutreten. Sie hätten um Erlaubnis ersucht, Polizeikräfte nach dem Unruhegebiet zu senden, aber die französische Antwort werde sicherlich ablehnend sein. Aber dann könnten die Franzosen nicht neutral bleiben, wie sie es jetzt täten. Entweder müßten sie die Verantwortung für die Ordnung im Gebiet, das sie besetzt haben, übernehmen, oder sie müßten diese Verantwortung anderen übertragen. Poincaré könne nicht zu gleicher Zeit zurücktreten wollen, weil die Kommunisten in Frankreich nicht mit Strenge bestraft werden, und ihnen gestatten, im Ruhrgebiet zu tun, was ihnen gefällt. Es gäbe französische Publizisten, die jede Bewegung begrüßen, die Deutschland zu ruinieren drohe, da sie der Ansicht seien, daß die deutsche Regierung in panischer Furcht alle Bedingungen annehmen werde. Dies sei nicht nur eine kurzsichtige, sondern eine wahnwitzige Politik.**

Die „Times" über die Schuld Frankreichs.

London, 26. Mai.

Bezugnehmend auf die in Europa augenblicklich herrschende Not, schreibt „Times", es bestehe kein Zweifel, daß die Lage Europas schlimmer werde. **Eine neue akute Krise sei in Sicht in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den siegreichen Alliierten und Deutschland, eine Krise, die die Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich tief berühre.** Die französische Regierung sei entschlossen, in ihrer Verfolgung der separaten Politik, die sie im Ruhrgebiet angenommen habe, zu verharren.

Unter Hinweis auf die letzte französische Regierungskrise schreibt „Times", soweit die Ruhrfrage in Betracht komme, zeige die französische öffentliche Meinung für den Augenblick kein Zeichen der Schwäche. Augenblicklich sei es wesentlich, daß nicht gestattet werde, daß die Unordnung in Deutschland sich ausbreite und es gebe kein beunruhigenderes Symptom als die Ausbreitung der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet. Die Besetzung Gelsenkirchens durch die Kommunisten und die Ausschreitungen in Dortmund und Bochum seien ernste Ereignisse, die die Franzosen in einem Gebiet, das sich unter ihrer starken militärischen Kontrolle befindet und das sie des Polizeischutzes beraubt hätten, nicht hätten gestatten dürfen.

Nach einer Meldung aus London gibt eine gestern veröffentlichte Mitteilung den Betrag der von Deutschland gezahlten Entschädigungen in dem am 1. März abgelaufenen Jahr auf 7 476 000 Pfund Sterling an.

Der ehemalige Oberbürgermeister von Wien, Dr. Josef Neumayer, ist gestern im Alter von 79 Jahren gestorben.

Groß-Berlinische Sorgen.

Der Berliner Oberbürgermeister Böß hat vor ein paar Monaten eine kleine Flugschrift über die „Not in Berlin" in die Oeffentlichkeit geworfen, die man nicht ohne tiefe Erschütterung lesen konnte. Ganz schlicht und schmucklos, oft im Telegrammstil, schilderte er das herzzerreißende Elend in der Reichshauptstadt, das aus dem gesamtdeutschen Jammer auftieg und aus ihm fort und fort neue Nahrung zog. Am meisten schnitt in die Seele, weil es über die Sorgen der Gegenwart hinaus schwere, düstere Schatten auch auf die Zukunft warf, was der Oberbürgermeister von den Kindern der heranwachsenden Generation zu berichten wußte. Nach einer vorübergehenden Besserung des Gesundheitszustandes der Kinder in den Jahren 1920 und 1921 mit der zunehmenden Teuerung, hinter der Löhne und Gehälter ständig zurückbleiben, ein neuer, empfindlicher Rückschlag. Unterernährung mit allen ihren Folgen, als da sind: Rachitis, schlaffe Muskeln, schwache Knochen, Blutarmut, Tuberkulose, Drüsenerkrankungen, Stillstand der Entwicklung, Zunahme der Wurmkrankheiten, Magenstörungen mit Magengeschwüren neuerdings auch im jugendlichen Alter. In einem Berliner Bezirk mußten 1922 von 1428 Schulanfängern fast 10 Prozent wegen schlechten Gesundheitszustandes zurückgestellt werden, in einem andern wurden im Herbst desselben Jahres von 450 Kleinkindern im Alter von 2—6 Jahren neun Zehntel bei ärztlicher Untersuchung als unterernährt befunden. Dabei zählte man insgesamt etwa 15 000 tuberkulöse Schulkinder in Berlin und die Sterblichkeit an Tuberkulose bei den Unterernährungsfällen war von 0,45 auf das Tausend im Jahre 1913 auf 1,06 gestiegen. Kein Wunder: denn Tausende von Kindern, auch im zartesten Alter, hatten nie einen Tropfen Milch genossen, brachten als Schulfrühstück trockenes Brot, als Aufstrich höchstens gequetschte Kartoffeln mit, pilgerten bei Wind und Wetter ohne Hemd und warme Kleidungsstücke zur Schule, wofern sie nicht aus Mangel an Luft und Unterwäsche ihr ganz fernblieben. Daheim aber hausten sie in ungeheizten, überbelegten Räumen, schliefen zu drei bis vieren, Gesunde und ansteckend Kranke, Kinder und Erwachsene in denselben unbedeckenen Betten. Wenn nicht auch die schon den Weg zum Verbrauch oder zum Trödler hatten antreten müssen und nun der schmutzige, nie gesäuberte Fußboden zur Lagerstatt für das Gemenge wurde. Das Elternhaus war vielfach zur Pestbühle geworden, die ihr Gift auch in die Seele der Kinder senkte. Zwang zum Betteln und Stehlen durch die patria potestas, zum Durchsuchen von Müllkästen und Abfalleimern. Und als die Folge davon: Zunahme einer durchaus unkindlichen Hetzjagd, Nachlassen der Ehrlichkeit, Gleichgültigkeit gegen das Eigentum, Fernbleiben Schulen drang, steigender Alkoholismus der Jugendlichen, Prostitution der Zehn- bis Vierzehnjährigen, bei der die Verführungskünste valutastarker Ausländer ihre besonders unsaubere Rolle spielen.

Ein Nachtbild menschlicher Gesittung, das Zurücksinken eines ganzen Geschlechts in Unkultur und Barbarei. Das trostloseste ist vielleicht dabei, daß in dieser großen Stadt, deren Jugend verkommt und deren spätere Jahrgänge, durch Hunger und mangelhafte Bekleidung widerstandsunfähig geworden, jedem Anfall leicht erliegen, in der das Baden angewohnt und der Seifengebrauch zum Luxus wurde, kaum noch ausreichende Möglichkeiten bestehen, sich der Erkrankten und Leidenden ernsthaft anzunehmen. Die Hospitäler sind, bei der Fülle der Krankheiten, bis an die Grenze der Aufnahmefähigkeit belegt: allein im Januar mußten 525, zumeist Tuberkulöse, wegen Platzmangels in den städtischen Krankenanstalten abgewiesen werden. Die privaten aber vermögen, trotz Zuschüssen von Staat und Gemeinden, ihren Betrieb kaum noch aufrechtzuerhalten. Die fortschreitende Geldentwertung reißt sie alle, auch die wohltätigen Stiftungen, oder sie vielmehr zuerst, in den Abgrund. Die Einschränkungen in der Verpflegung beginnen nachgerade jeden Heiterkeit zu gefährden. Der durchschnittliche Wochenverbrauch an Fleisch wurde von 2200 Gramm im Frieden auf 790 Gramm herabgemindert, Fett gibt es nur noch 420 Gramm, Butter überhaupt nicht, Milch ¾ Liter zum Kaffee, während vor dem Kriege jedem Kranken 7—10 Liter zur Verfügung standen. Neue Betten können nicht eingerichtet, Wäsche nicht angeschafft werden; der Ausbau von Krankenhäusern, Liegehallen, Isolierpavillons muß unterbleiben. Von den privaten Heilanstalten sind viele schon geschlossen worden, auch die Schätzung und Zusammenlegung öffentlicher Spitäler und Sanatorien wird auf die Dauer kaum zu vermeiden sein.

Das sind die typischen Erscheinungsformen des Verfalls einer Zivilisation. Sie beschränken, selbstverständlich, sich nicht nur auf Berlin. Wenn wir im Jahre 1913 bei ausreichender Getreideernte 6,6 Millionen Tonnen einführten, 1921/22, nach dem Verlust eines Teils unserer Kornkammern und bei längst nicht mehr so intensivem Anbau, nur noch 2,3 Millionen, wenn trotz der Zunahme der Bevölkerung die Gesamtzahl der Schlachtungen im vergangenen Jahr, zund gerechnet, um fast ein Drittel niedriger war als z. B. anno 1896, so ist allein damit schon eine Verschlechterung des Ernährungszustandes gegeben, die mehr oder weniger in allen städtischen Siedlungen im Reich sich auswirken mußte. Böß berichtet von einer größeren süddeutschen Stadt, in der unter den Schulanfängern von 104 Knaben nur 14, von den Mädchen kein einziges Normalgröße aufwies. Und im roten Sachsen stellte eine ärztliche Untersuchung in den Volksschulen bei jedem zehnten Kind Tuberkulose fest. Dennoch wird es wohl zutreffen, daß an dem Riesenleib von Groß-Berlin alle diese Verfallserscheinungen zu besonderen Komplikationen zu führen drohen. Die städtischen Finanzen, seit Jahren schon unheilvoll zerrüttet, können das Uebel nicht beschwören. Der Notruf des Berliner Oberbürgermeisters richtet sich (und mit Recht) an das Ausland, auf daß es die wahre Lage des deutschen Volks erkenne und verstehen lerne. Daneben aber auch an die Heimat und die Schichten der landwirtschaftlichen Urerzeugung. Er will Verständnis wecken für die schwierige Lage der großen Städte und den Gegensatz zwischen Stadt und Land mildern helfen. Es wird noch zu untersuchen sein, ob trotz seiner finanziellen